



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

Rücksendeformular

Übertragen Sie Ihre Ergebnisse bitte mit schwarzer, gut leserlicher Schrift in folgendes Rücksendeformular und senden Sie es uns zu:

1. Direkt per **Fax** an: **07451 / 62 79 820**
2. Eingesannt per **e-Mail** an michael.theurer@ep.europa.eu
3. Oder per **Post** an: **Michael Theurer MdEP, Postfach 1172, 72151 Horb a.N.**

Datum, an dem das Hausparlament tagte: **Ort:**

Gastgeber:

Weitere Teilnehmer (bitte eigenhändig unterzeichnen lassen)

2. 3.

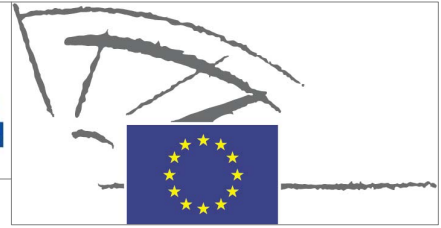
4. 5.

6. 7.

8.

Kontaktanschrift für die Rückmeldung:

e-Mail:@.....



Fragestellung: Konzessionsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat eine Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen eingebracht. In den Medien und der breiten Öffentlichkeit fiel das Hauptaugenmerk auf eine vermeintliche Privatisierungswelle vor allem im Bereich der Wasserversorgung. Dabei galt die größte Sorge einem Verlust der Wasserqualität, einem Ansteigen der Wasserpreise sowie einer Verschlechterung der Versorgung. Der Tenor ist: Wasser muss ein öffentliches Gut bleiben. Doch was sagt die Richtlinie wirklich? Sind die Sorgen berechtigt? Ist dadurch das Menschenrecht auf Wasser in Gefahr?

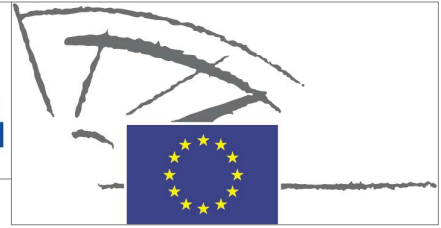
Auf allen politischen Ebenen, in den Medien und in der Öffentlichkeit wird dieses Thema zum Teil hochemotional verfolgt und kommentiert, so führte es auch zur großen Unterstützung der europäischen Bürgerinitiative right2water, die bereits über eine Million Unterschriften in ganz Europa sammeln konnte.

Bei der Konzessionsrichtlinie geht es um Folgendes: Sie legt Regeln für die Vergabe von Konzessionen fest. Konzessionen werden von Kommunen zum Beispiel für die Wasserversorgung, aber auch Dienstleistungen wie die Verpflegung in Schulkantinen oder Müllentsorgung vergeben. Die Richtlinie zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Unternehmen einen fairen Zugang zu Geschäftsmöglichkeiten in allen Mitgliedstaaten der EU haben und den öffentlichen Behörden ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis zugesichert wird. Angesichts der hohen Haushaltsdefizite in den Mitgliedstaaten sind Transparenz und Wirtschaftlichkeit bei der Vergabe öffentlicher Gelder notwendig. Anders als in Deutschland werden Konzessionen in vielen EU-Ländern häufiger an private Unternehmen vergeben.

Die deutschen Abgeordneten, unter anderem der FDP, haben darauf gedrängt, den Bereich der Wasserversorgung aus der Richtlinie herauszunehmen - leider ohne Erfolg. Der Druck auch von Seiten der Bevölkerung hat allerdings dazu geführt, dass für den Wasserbereich einige Ausnahmeregelungen getroffen werden sollen.

Im nachfolgenden zunächst ein Katalog von Argumenten für und gegen die Anwendung der Konzessionsrichtlinie, vor allem im Bereich der Wasserversorgung, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit. Dies soll lediglich als Anregung zur Diskussion dienen:

Pro - Konzessionsrichtlinie	Contra - Konzessionsrichtlinie
<ul style="list-style-type: none">• Kommunen können nach wie vor selbst entscheiden, ob sie beispielsweise die Wasserversorgung privatisieren wollen oder nicht.• Bei einer Privatisierung sollen aber transparente, europaweit gültige Regeln gelten• Wirkt dadurch Korruption vor• Kommunen können in der Ausschreibung für Konzessionen die Auswahlkriterien selbst	<ul style="list-style-type: none">• Befürchtung, dass durch die Richtlinie Privatisierungen erleichtert werden• mögliche Vergabe der Konzessionen an Private = Verschlechterung der Qualität?• Befürchtung, dass die Bürokratisierung durch europaweite Ausschreibungen zunimmt• Bürokratieaufwand für Kommunen



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

festlegen

- Stellt Vergaberecht auf eine europarechtliche Grundlage = Rechtssicherheit
- Zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts gehört auch eine europaweite Regelung der Konzessionsvergabe
- Bietet ein breites Angebot an Bewerbern um die Konzession - Dadurch ist ein besseres Preis-Leistungsverhältnis möglich

- Könnte trotz Ausnahmeregelungen die Zusammenarbeit zwischen Kommunen durch europaweite Ausschreibungen bürokratisiert werden?
- Kontrollverlust der Bürger über die Wasserversorgung, wenn Konzessionen an ausländische Großkonzerne vergeben werden?

1. Was muss eine gute Versorgung mit Trinkwasser für Sie auszeichnen?

Eine gute Wasserversorgung - was ist Ihnen wichtig? Sammeln und diskutieren Sie, schreiben Sie dann Ihre 3 wichtigsten Kriterien in Stichworten hier auf:

1.
2.
3.

Ausgehend von Presseberichten, die eine bevorstehende Privatisierungswelle durch die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie suggerierten und durch die massive Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative *right2water* wurde die Frage aufgeworfen, ob Wasser ein öffentliches Gut sei. Konkreter formuliert fragt man hier nach einem "Recht auf Wasser", oder "Wasser als Menschenrecht".

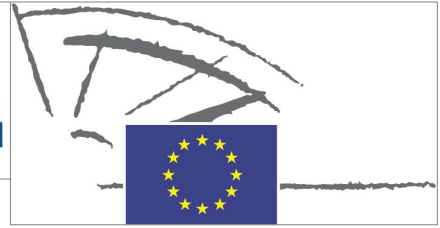
2. Ist Wasser ein öffentliches Gut?

Gibt es ein „Recht auf Wasser“? Diskutieren Sie diese Frage, stimmen Sie dann ab und tragen Sie die Werte auf dieser Skala ein:

gar nicht > **1 2 3 4 5 6 7 8 9 10** < auf jeden Fall

Welches sind Ihre drei wichtigsten Argumente/Gründe?

1.
2.



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

3.

Allgemein akzeptiert ist, dass eine Wasserversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein muss. In Deutschland sind es in der Regel die Kommunen, die sich in Eigenregie darum kümmern. Allerdings gibt es auch Fälle, in denen Kommunen private Unternehmen mit der Wasserversorgung betrauen. Die Konzessionsrichtlinie soll unter anderem dazu EU-weit gültige Regeln einführen.

3 a. Sehen Sie einen Bedarf an europaweiten Vergaberegeln im Bereich der Konzessionsvergabe allgemein (z.B. Müllversorgung, Winterdienst)?

Brauchen wir eine einheitliche europaweite Vergaberegeln? Diskutieren Sie diese Frage, stimmen Sie dann ab und tragen Sie die Werte auf dieser Skala ein:

gar nicht > **1 2 3 4 5 6 7 8 9 10** < auf jeden Fall

Welches sind Ihre drei wichtigsten Argumente/Gründe?

- 1.
- 2.
- 3.

3 b. Sehen Sie einen Bedarf an europaweiten Vergaberegeln im Bereich der Wasserversorgung?

Brauchen wir eine einheitliche europaweite Vergaberegeln bei der Wasserversorgung? Diskutieren Sie diese Frage, stimmen Sie dann ab und tragen Sie die Werte auf dieser Skala ein:

gar nicht > **1 2 3 4 5 6 7 8 9 10** < auf jeden Fall

Welches sind Ihre drei wichtigsten Argumente/Gründe?

- 1.
- 2.
- 3.

3 c. Falls Sie die beiden Fragen unterschiedlich beantwortet haben, begründen Sie das kurz.

- 1.



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

2.

3.

Viele kommunale Verantwortliche, Stadtwerke und Zweckverbände die mit Wasserversorgung zu tun haben, kritisieren die Richtlinie vor allem, weil sie die interkommunale Zusammenarbeit kleiner Gemeinden in Gefahr sehen, die nur durch diese Zusammenarbeit eine preislich angemessene Grundversorgung gewährleisten können. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit kümmert sich ein Stadtwerk in einer Kommune um die Wasserversorgung kleiner, benachbarter Kommunen. Die kommunalen Interessenverbände befürchten, dass dieser Fall gemäß der Konzessionsrichtlinie als "Privatisierung" der Wasserversorgung zählen würde und die kleine Kommune nach Ablauf der jetzt bestehenden Verträge eine europaweite Ausschreibung machen müsste.

Wie kann darum einerseits die interkommunale Zusammenarbeit weiter gewährleistet sein, doch zugleich für eine faire, auf Wettbewerb fußende Konzessionsvergabe neuer Aufträge gesorgt werden?

Dazu hat das Europäische Parlament den ursprünglichen Entwurf der Kommission entschärft und einige Hürden für die Ausschreibungspflicht bei Hinzuziehung von privaten Unternehmen durchgesetzt. So werden zum Beispiel europaweite Ausschreibungen erst ab einem Gesamtwert von 8 Millionen Euro nötig (statt bereits bei 5 Millionen). Binnenmarkt-Kommissar Barnier hat nach großem Druck der Öffentlichkeit und des Parlamentes Zugeständnisse zu Gunsten der deutschen kommunal organisierten Wasserversorgung gemacht, indem er vorschlägt, Unternehmen, die mindestens 80% des Umsatzes im Wasserbereich in der eigenen Kommune erbringen von der Ausschreibungspflicht auszunehmen. Außerdem gibt es die Ausnahme, dass bei einer "echten Zusammenarbeit" von Kommunen, bei der es nicht um Umsatzmaximierung geht, zum Beispiel in Zweckverbänden, keine europaweite Ausschreibungspflicht besteht.

Die Konzessionsrichtlinie stellt also keinen Zwang zur Wasserprivatisierung dar. Es stellt sich aber die Frage: Was ist wenn eine Kommune aus eigenem, freien Entschluss ihre Wasserversorgung privatisieren will? Sollte dann europaweit ausgeschrieben werden?

INFOBOX

Gibt es private Anteilseigner in einem kommunalen Unternehmen, so muss **NICHT** EU-weit ausgeschrieben werden, wenn folgendes zutrifft:

- Es handelt sich um ein verbundenes Unternehmen mit privater Beteiligung
- Es werden weniger als 20% des erwirtschafteten Umsatzes im Wasserbereich auf dem freien Markt erwirtschaftet
- Es liegt ein beherrschender Einfluss der öffentlichen Hand vor

Ausgeschrieben werden muss lediglich dann, wenn ein solches Unternehmen mehr als 20% seines Umsatzes im Wasserbereich auf dem freien Markt erbringt, das heißt außerhalb der eigenen Kommune.

4. Wie sollte das Vergabeverfahren bei freiwilliger Privatisierung gestaltet sein?



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

Was wäre wenn eine Kommune ihre Wasserversorgung mit Hilfe eines privaten Unternehmens vornehmen möchte? Sammeln und diskutieren Sie, schreiben Sie dann Ihre 3 wichtigsten Argumente in Stichworten auf:

a) Welche Hindernisse und Risiken sehen Sie bei einer freiwillig vorgenommenen Privatisierung der Wasserversorgung?

1.

2.

3.

b) Welche Chancen und Vorteile sehen Sie bei einer freiwillig vorgenommenen Privatisierung der Wasserversorgung?

1.

2.

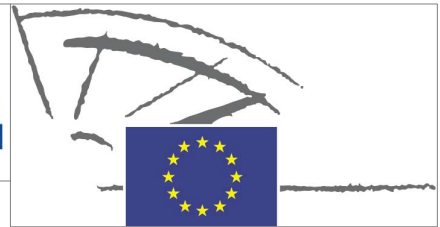
3.

c) Abschließend: Welche Empfehlungen und Einschränkungen würden Sie generell noch zur Regelung der Konzessionsvergabe der Wasserversorgung geben wollen?

1.

2.

3.



Michael Theurer, MdEP (FDP/ALDE)

Beurteilung/Rückmeldungen

Wie gut hat Ihnen dieser Beteiligungsprozess bis jetzt gefallen?

gar nicht > **1** 2 3 4 5 6 7 8 9 **10** < sehr gut

Kommentare/Vorschläge: **.....**

.....

Was wünschen/erwarten Sie sich noch in/durch diesen Dialog-Prozess?

1. **.....**

2. **.....**

Welche Fragestellungen würden Sie bei einer nächsten Runde intensiver bearbeiten wollen?
(Mehrfachnennungen möglich)

EU-Bundesstaat: Wie weit wollen wir einen europäischen Bundesstaat? Gar sowas wie die Vereinigten Staaten von Europa? Wie zentral – dezentral?

Gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik: Brauchen wir eine politische Union auch in der Finanzpolitik?

Vollwertiges Europaparlament: Wie umfassende Kontroll- und Informationszuständigkeiten gegenüber der EU-Kommission sollte das Europaparlament erhalten?

EU-Außenpolitik: Wie weit soll und kann die Außenpolitik der EU-Staaten abgestimmt und zusammengelegt werden. Sollte es gar einen gemeinsamen EU Sicherheitsratssitz in der UN geben?

EU-Migrationspolitik: Wie kann eine gemeinsame Migrations- und damit verbundene Integrationspolitik aussehen, der die Balance aus Humanität und Integrationsfähigkeit gelingt?

EU-Energiepolitik: Wie weit soll die Energiepolitik koordiniert und besser vernetzt werden? Soll es einen europaweiten Atomausstieg geben?

Fallen Ihnen noch weitere Themen/Fragen ein?

.....

Werden Sie weiter machen wollen?

Ja, ich will weiter eingeladen werden

Nein danke

Gibt es weitere interessierte Gastgeber, die Sie uns empfehlen wollen?

Name..... e-Mail: @

Name..... e-Mail: @